

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD***Bremen und Bremerhaven: weltoffen und tolerant – gegen Extremismus***

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dies gilt für alle Menschen. Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Herkunft, seines Glaubens, seiner politischen Anschauung oder seiner Behinderung benachteiligt oder gar Ziel von Gewalt werden. Gewalt und extremistische Gesinnung sind gesellschaftliche Phänomene, denen die Gesellschaft insgesamt begegnen muss. Alle gemeinsam stehen in der Verantwortung zu zeigen, dass Gewalt und Extremismus in Bremen und Bremerhaven nicht tatenlos hingenommen werden. Die Bekämpfung von politisch motivierter Gewalt und politischem Extremismus in jeder Form ist Aufgabe von Polizei und Justiz, aber gleichzeitig auch Auftrag an die Gesellschaft. Im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe müssen Werte- und Verantwortungsbewusstsein jedes Einzelnen gestärkt werden, um insbesondere den geistigen Ursachen von Gewalt, Verletzung der Menschenwürde und Extremismus energisch entgegenzutreten. Insbesondere jungen Menschen ist die Bedeutung der Achtung der Menschenwürde zu vermitteln.

In den vergangenen Jahren ist bundesweit eine Zunahme rassistischer, antisemitischer und Gewalt verherrlichender Aktivitäten insbesondere rechtsextremistischer Gruppierungen zu verzeichnen. Auch Bremen und das direkte niedersächsische Umland sind davon nicht verschont geblieben. Bei Veranstaltungen, insbesondere Konzerten im Umland sowie mithilfe von gehandelten oder im Internet verbreiteten Musikwaren und Devotionalien wird die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft verherrlicht bzw. verharmlost, die Ablehnung demokratischer Grundwerte wird zunehmend offensiv vertreten, Beobachter und Kritiker werden gezielt bedroht und eingeschüchtert.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. jede Form von Gewalt und Extremismus auch in Zukunft mit allen dem Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Mitteln konsequent zu bekämpfen,
2. an alle staatlichen Stellen zu appellieren, rassistischen oder antisemitischen Bestrebungen eine hohe Aufmerksamkeit zu widmen und auch weiterhin eine klare Absage zu erteilen,
3. bei der Bekämpfung von extremistischen Aktivitäten auch auf Kooperationen mit anderen Bundesländern, insbesondere mit Niedersachsen zu setzen,
4. Polizei und Strafverfolgungsbehörden personell und materiell in die Lage zu versetzen, polizei- und strafrechtlich relevante Verstöße konsequent und zeitnah zu ahnden,
5. geeignete Maßnahmen zu prüfen, wie einer Unterwanderung friedlicher Fußballfans durch rechtsextremistische Kräfte durch Aufklärung ebenso wie durch repressive Maßnahmen vorgebeugt werden kann,
6. in den Schulen im Lande Bremen die Aufklärung und Erziehung der Schülerinnen und Schüler im Hinblick auf die Gefährdungen durch Extremismus und

die Möglichkeiten einer zivilgesellschaftlichen Erwidern konsequent fortzusetzen und dies insbesondere durch die Vermittlung von verfassungsrechtlich geschützten Gütern wie der Menschenwürde und des Gleichheitsgrundsatzes,

7. pädagogische und sozialarbeiterische Ansätze in der Arbeit mit gegenüber extremistischen Gedankengütern gefährdeten Jugendlichen auch zukünftig zu gewährleisten und
8. über die Gefahren durch Extremismus auch in Zukunft die Menschen in Bremen und Bremerhaven umfassend zu informieren, insbesondere durch den Zugang zu entsprechenden Erkenntnissen staatlicher Stellen über rechtsextremistische Aktivitäten, soweit dies datenschutzrechtlich unbedenklich ist.

Erwin Knäpper, Rolf Herderhorst,
Hartmut Perschau und die Fraktion der CDU

Hermann Kleen, Wolfgang Grotheer,
Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD